



# Für freie Wochenenden

**Nachricht von Klaus Ernst, 08. Juni 2015**

Wochenendarbeit greift immer mehr um sich – mit massiven Folgen für Gesundheit und Familienleben der Beschäftigten. Die Fraktion DIE LINKE hat die Bundesregierung nach konkreten Zahlen und Daten zur Wochenendarbeit gefragt. Die Antworten sind alarmierend.

Fast 15 Millionen Beschäftigte arbeiten samstags. Das sind 42,4 Prozent aller Beschäftigten. Von 2004 bis 2013 stieg ihre Zahl um 18,9 Prozent bzw. um 2,37 Millionen Personen. 43,5 Prozent aller Beschäftigten arbeiten an einem Samstag und/oder an einem Sonntag. Besonders stark leisten junge Beschäftigte Samstagsarbeit. Bei den 25-34jährigen sind es 45,2 Prozent, bei den unter 25jährigen sind es 44,2 Prozent. Das sind nahezu jede und jeder Zweite in dieser Altersgruppe.

Besonders hoch ist der Zuwachs mit 24,1 Prozent bei der Zahl der Frauen, die samstags arbeiten. 2004 waren es 5,5 Millionen, 2013 sind es bereits 6,9 Millionen Frauen. Bei den Männern lag der Anstieg bei nur 14,7 Prozent. Im Westen stieg die Samstagsarbeit von 2004 bis 2013 um fast 25 Prozent, im Osten lediglich um 11 Prozent. Im Osten arbeiten allerdings anteilig mehr Beschäftigte am Samstag. Besonders

hoch ist mit knapp 28 Prozent der Anstieg bei Frauen im Westen.

Samstagsarbeit findet 2013 vor allem in folgenden Branchen statt: Gastgewerbe (78,8 Prozent), Einzelhandel (71,6 Prozent), Post-, Kurier- und Expressdienste (63,8 Prozent), Wach- und Sicherheitsdienste (78,7 Prozent), Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten (76,3 Prozent).

Ein Großteil der bekannten Studien weist auf negative Auswirkungen von Wochenendarbeit auf die psychische Gesundheit hin. Insbesondere die Verbindung von Samstags- oder Wochenendarbeit mit starkem Zeit- und Leistungsdruck, langer und überlanger Arbeitszeit und geringem Handlungsspielraum kann zu chronischem Stress und auf Dauer zu psychischen und anderen Erkrankungen führen.

„Die Entgrenzung der Arbeitszeiten geht zu Lasten der Beschäftigten“, betont Klaus Ernst. „Was Kunden an Flexibilität gewinnen, verlieren die Beschäftigten an Freiraum und Familienleben. Samstagsarbeit darf keine Regelarbeitszeit werden. Sie muss sich auf Branchen beschränken, wo es einen sozialen Bedarf und einen gesellschaftlichen Konsens gibt. Dann muss Wochenendarbeit aber auch entsprechend honoriert werden. Dies gilt insbesondere für den Dienstleistungsbereich.“

Ergebnisse im Einzelnen:

- Im Jahr 2004 arbeiteten 40 Prozent der abhängig Beschäftigten ständig, regelmäßig oder unregelmäßig an Samstagen, im Jahr 2013 42,4 Prozent (vgl. S. 3).
- Im Einzelhandel ist der Anteil der Beschäftigten, die ständig, regelmäßig oder unregelmäßig an Samstagen arbeiten von 67 auf 71,3 Prozent

angestiegen (vgl. S. 3).

- Wochenendarbeit: der Anteil der abhängig Beschäftigten, die ständig, regelmäßig oder unregelmäßig am Samstag und/oder am Sonntag arbeiten ist von 2004 bis 2013 von 41,2 auf 43,5 Prozent angestiegen. Im Einzelhandel von 67,9 auf 72,2 Prozent (vgl. S. 3).
- Im Jahr 2004 haben 12,549 Millionen abhängig Beschäftigte am Samstag gearbeitet, im Jahr 2013 sind es 14,918 Millionen. Das entspricht einem Anstieg um 18,9 Prozent (vgl. Tabelle 1a im Tabellenanhang).
- Bei Frauen ist die Zahl der abhängig Beschäftigten, die am Samstag arbeiten, von 2004 bis 2013 von 5,535 Millionen auf 6,871 Millionen gestiegen (24,1 Prozent Zuwachs). Der Anteil der Frauen, die samstags arbeiten, ist in diesem Zeitraum von 38 auf 40,6 Prozent gestiegen. Bei Männern ist die Zahl von 7,014 auf 8,047 Millionen (14,7 Prozent Zuwachs) angewachsen und der Anteil von 41,7 auf 44,1 gestiegen. (vgl. Tabellen 1a und 1b im Tabellenanhang).
- Die Anteile der abhängig Beschäftigten, die am Samstag arbeiten, nach Alter differenziert und für die Jahre 2004 bis 2013: Unter 25 Jahre von 39,2 auf 44,2 Prozent gestiegen; 25-34 Jahre von 42 auf 45,2 Prozent gestiegen; 35-44 Jahre von 41,5 auf 43,4 Prozent gestiegen; 45-54 Jahre von 39,4 auf 42,2 Prozent; 55-64 Jahre von 34,6 auf 37 Prozent gestiegen; Über 65 Jahre von 35,3 auf 36,9 Prozent (vgl. Tabelle 1b im Tabellenanhang). Die Anteile bzw. die Zuwächse bei den Anteilen sind besonders hoch bei den jüngeren Beschäftigten (Unter 25 Jahre und

25-34 Jahre).

- Nach Alter differenziert sind die Zuwächse bei der Zahl der abhängig Beschäftigten, die samstags arbeiten, von 2004 bis 2013 sehr unterschiedlich ausgeprägt: Während bei den 35-44jährigen sogar ein Rückgang zu verzeichnen ist, liegen die Anstiege bei 25-34jährigen und den 45-54jährigen bei 31,3 bzw. 34,1 Prozent; bei den 55-64jährigen ist der Anstieg mit 76 Prozent deutlich höher und am höchsten ist er mit 153,5 Prozent bei den über 65jährigen (vgl. Tabelle 1a im Tabellenanhang). Bei der Bewertung dieser Zahlen ist jeweils die generelle Beschäftigungsentwicklung nach Altersgruppen zu berücksichtigen.
- Auch bei der Betrachtung der Entwicklung von Zahl und Anteil der abhängig Beschäftigten, die am Samstag arbeiten, differenziert nach Nettoeinkommen sind die Ergebnisse sehr unterschiedlich: Bei einem Einkommen unter 700 Euro ist von 2004 bis 2013 bei der Zahl der Samstagarbeitenden ein Rückgang zu beobachten, aber der Anteil steigt von 34,7 auf 39,8 Prozent; bei einem Nettoeinkommen von 700-1500 Euro ist bei der Zahl ein Anstieg um 6,4 Prozent zu verzeichnen und auch der Anteil ist von 41,6 auf 45,3 Prozent gestiegen; im Bereich von 1500-2000 ist die Zahl um 29,5 Prozent angestiegen, der Anteil hat von 40,8 auf 41,2 Prozent dagegen nur leicht zugelegt; von 2000-2600 Euro ist die Zahl um 51 Prozent gewachsen, der Anteil aber von 41,3 auf 40,5 Prozent gesunken; von 2600-3600 Euro ist bei der Zahl ein Anstieg um 72,9 Prozent zu beobachten, beim Anteil dagegen nur ein Anstieg von 40,3 auf 40,5 Prozent; und bei über 3600 ist die Zahl um 84,4 Prozent gestiegen, der

Anteil aber von 48 Prozent auf 45,2 Prozent gesunken (vgl. Tabellen 1a und 1b im Tabellenanhang).

- In Westdeutschland ist die Zahl der abhängig Beschäftigten, die am Samstag arbeiten, von 2004 bis 2013 um 24,3 Prozent gestiegen, im Osten um 11,6 Prozent. Im Westen liegt der Anteil der Samstagsarbeitenden an allen Beschäftigten 2013 bei 41,8 Prozent (2004: 39,2 Prozent), im Osten bei 44,9 Prozent (2004: 43,1 Prozent). Im Westen ist der Anstieg bei der Zahl der Frauen, die samstags arbeiten, mit 27,9 Prozent deutlicher ausgeprägt als bei den Männern mit 15,4 Prozent (vgl. Tabelle 1a im Tabellenanhang).
- Branchen mit hohen Anteilen von Beschäftigten, die samstags arbeiten, im Jahr 2013: Gastgewerbe (78,8 Prozent), Einzelhandel (71,6 Prozent), Post-, Kurier- und Expressdienste (63,8 Prozent), Wach- und Sicherheitsdienste (78,7 Prozent), Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten (76,3 Prozent).
- Die Zahlen für Wochenendarbeit (also samstags und/oder sonntags) liegen jeweils leicht über den Zahlen für Samstagsarbeit und werden hier nicht gesondert ausgewertet.
- Laut Auffassung der Bundesregierung ist die 6-Tage-Woche arbeitszeitrechtlich und unionsrechtlich definiert, die Verbreitung der 5-Tage-Woche gehe auf die Sozialpartner zurück. Die Bundesregierung sieht keinen bundesgesetzlichen Handlungsbedarf.
- Die Bundesregierung sieht auch keine Veranlassung die Gesetzgebungskompetenz bei der Ladenschlussregulierung von der Länder-

wieder auf die Bundesebene zu übertragen, da Kompromisse in den Ländern gefunden werden müssten.

- Aus Sicht der Bundesregierung kann vor allem die Akkumulation verschiedener psychischer Belastungsfaktoren wie z.B. Samstagsarbeit in Verbindung mit starkem Zeit- und Leistungsdruck, langer und überlanger Arbeitszeit und geringem Handlungsspielraum zu chronischem Stress und auf Dauer zu psychischen und anderen Erkrankungen beitragen. Sie weist daher darauf hin, dass die schlechteren Arbeitsbedingungen von Samstagarbeitenden nicht kausal allein auf die Samstagarbeit zurückzuführen sind (vgl. S. 7).
- Nach Aussage der Bundesregierung weist ein Großteil der Studien, die sich mit den Auswirkungen von Wochenendarbeiten beschäftigten, auf Risiken für die psychische Gesundheit durch Wochenendarbeit hin, trotzdem geht die Bundesregierung von einer gemischten Befundlage aus (vgl. S. 7).

linksfraktion.de, 8. Juni 2015